

249

Zu den Stadtratswahlen. Wie uns mitgeteilt wird, fand heute unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers des 4. Bezirkes Reichsratsabgeordneter Riesenl eine Besprechung sämtlicher christlichsozialer Gemeinderäte des 4. Bezirkes über die bevorstehenden Stadtratswahlen statt, bei welcher einstimmig beschlossen wurde, Gemeinderat Regierungsrat Prof. Heinrich Schmid dem Bürgerklub als Kandidat für das freigewordene Stadtratsmandat der Wieden zu empfehlen.

Verbandsversammlung deutscher Berufsfeuerwehren in Oöln. Stadtrat Tomola, Magistratsrat Dr. Madjara und Feuerwehr-Kommandant Müller sind als Vertreter der Gemeinde Wien zu der am 12. Juni beginnenden XII. Verbandsversammlung des „Verbandes deutscher Berufsfeuerwehren“ nach Oöln abgereist.

Pferdefleischverkehr im Wiener Gemeindegebiete. Der Magistrat hat in Handhabung der Lebensmittel und Gesundheitspolizei folgendes angeordnet: In Lokalitäten, in welchen Fleisch oder Fleischwaren von Tieren des Pferdegeschlechtes in rohem oder zubereitetem Zustande feilgeboten werden, dürfen Fleisch und Fleischwaren von anderen Tieren nicht feilgeboten werden. Diese Lokalitäten müssen eine leicht sichtbare äußere Bezeichnung tragen, die den Verkauf von Pferdefleisch deutlich bekanntgibt. Ohne den vorgeschriebenen Beschausampel darf Pferdefleisch in Wien nicht in den Verkehr gebracht werden. Uebertretungen dieser Anordnungen werden, wenn sie nicht nach anderen besonderen Strafbestimmungen zu ahnden sind, mit Geldstrafen bis zu 400 Kronen oder mit Haft bis 14 Tagen bestraft. Diese Anordnungen treten sofort in Kraft. Zugleich wird folgendes in Erinnerung gebracht: Der Schlachthauszwang für Tiere des Pferdegeschlechtes ist in den Gemeindebezirken 1 bis 20 durchgeführt. In den bezeichneten Gemeindebezirken ist die Benützung bestehender und die Anlage neuer Privatschlachthäuser zur Schlachtung von Tieren des Pferdegeschlechtes verboten und es darf das Einstellen derartiger zur Schlachtung bestimmter Tiere, deren Schlachtung und jede damit zusammenhängende Verrichtung, wie das Enthäuten, Ausweiden, Entleeren der Eingeweide, u.s.w. nur im Zentralpferdeschlachthause erfolgen. Im 21. Gemeindebezirke dürfen die bestehenden privaten Schlachtstätten für Tiere des Pferdegeschlechtes bis zur Zuweisung an ein öffentliches Schlachthaus benützt werden, es dürfen jedoch weder neue derartige Schlachtstätten gegründet, noch die bestehenden erweitert werden. Geschlachtete Einhufer, rohes, gepökeltes oder geräuchertes Fleisch oder Eingeweide von Einhufern, ferner Fleischwaren, die daraus hergestellt oder damit vermischt

sind, müssen bei der Einfuhr nach Wien, wenn sie in rohem oder zubereitetem Zustande feilgeboten, beziehungsweise verkauft werden sollen, vorher in das Zentralpferdeschlachthaus im 10. Bezirk, Schoberplatz 1 zur Ueberbeschau gebracht werden.

Bezirksvertretung Mariahilf. In der letzten unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers Schadek abgehaltenen Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf wurde das Präliminare pro 1913 beraten. Bezirksrat Grandauer verlangte die Pflasterung der Liniengasse bis zum Loggplatz. (Angenommen.) Bezirksrat Groyer führte Beschwerde, daß die Bürgerspalzasse noch immer nicht gepflastert wurde, obwohl dies schon seit Jahren im Präliminare verlangt wurde. Bezirksrat Grandauer verlangte eine täglich 4 malige Bespritzung der Gumpendorferstraße. (Angenommen.) Bezirksrat Grandauer verlangte Abhilfe gegen das Schnellenfahren der Automobile in den am stärksten frequentierten Straßen des 6. Bezirkes. Es wird eine neuerliche Eingabe an die Polizei beschlossen. Bezirksrat Jettel drückte sein Befremden darüber aus, daß mit der Instandsetzung des Jugendspielplatzes auf den Gründen des ehemaligen Schlachthauses noch immer nicht begonnen wurde, obwohl der Platz seitens des Stadtrates längst genehmigt und für die Errichtung desselben ein Betrag von 10.000 K bewilligt wurde. Es wird beschlossen, die Errichtung des Platzes zu urgieren. Bezirksrat Grandauer bezeichnete es hierauf als einen Faustschlag für die deutsche Bevölkerung des 6. Bezirkes, daß in der Stumpergasse eine tschechische Bank errichtet worden sei. Er beantragt eine Eingabe an den Hausbesitzerverein, dieser möge unter seinen Mitgliedern dahin wirken, daß ^{sie} tschechischen Institutionen oder Firmen kein Geschäftslokal vermieten. (Angenommen.) Herr Bezirksrat Preis beantragte der christlichsozialen Bevölkerung Mariahilfs für ihre stramme Haltung anlässlich der Gemeinderatswahlen 1912 den herzlichsten Dank auszusprechen. (Zustimmung.)

Zentralverein für Volksernährung. Gestern fand die Generalversammlung des Zentralvereines für Volksernährung (Verein zur Errichtung und Erhaltung der ersten Wiener Suppen- und Tee-Anstalt) statt. Im Jahresberichte des Vorstandes wird die Bereitwilligkeit ausgesprochen, auch in jenen Bezirken, wo noch keine Suppen- und Tee-Anstalten bestehen, und sich das Bedürfnis nach denselben herausstellt, auf Wunsch der Gemeinde solche Anstalten zu errichten. Der Vorstand berichtet weiter, daß infolge der Lebensmittelteuerung der Aufwand um 20.000 K erhöht wurde. Ueberdies sind durch die Erhöhung der Mietzinse die Ausgaben aus diesem Teil um 1500 K gewachsen. Für unentgeltliche Beköstigung von Armen, ganzen Familien und Schulkindern hat der Verein an 6000 K gewidmet. Angesichts dieser Steigerung der

Agar kann dem Defizit von etwa 5000 K umso weniger Beseitigung beigelegt werden, als die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres eine große Steigerung des Besuches der Anstalten konstatiert haben. Die Wohnungsversteuerung und die Lebensmittelversteuerung waren andererseits ein wichtiges Motiv für den Bestand der Anstalten, denn indem sie die Bevölkerung bedrückten, haben sie eine große Anzahl Personen und Familien veranlaßt, die Suppen- und Tee-Anstalten aufzusuchen, und dadurch an Miete, Arbeitszeit, Brennmaterial und Herstellungskosten zu ersparen. Mit Rücksicht auf diesen Umstand haben die Suppen- und Tee-Anstalten sich als eine der besten Wohlfahrts-Einrichtungen der Stadt bewährt, und die Sympathien gerechtfertigt, die ihnen von allen Seiten zugewendet werden. Der Vorstand dankt allen Wohltätern des Vereines und auch der Wiener Presse für die Unterstützungen, die dem Vereine im abgelaufenen Jahre gewährt wurden. Ferner gedenkt der Vorstand der Legate und Spenden, welche dem Vereine zugekommen sind, und legt über die Gebarung in folgenden Ziffern Rechnung: Der Verein besaß am 31. Dezember 1911 ein Vermögen von 291.755 K wovon Ausgaben von 273.000 K gegenüber stehen. - Im Jahre 1911 wurden in allen 14 Anstalten 5,456.894 Portionen gegen Entgelt abgegeben (um etwa 400.000 Portionen mehr als im Jahre 1910). Unentgeltlich wurden ca. 200.000 Portionen verabreicht. Ueber die Leistungen des Vereines gibt auch die Verbrauchstabelle einen wertvollen Aufschluß: 1,200.000 Portionen Brot, 557.000 Portionen Suppe, 241.000 Portionen Tee, 600.000 Portionen Kakao und Kaffee, 950.000 Portionen Gemüse, 1,650.000 Portionen Mehlspeisen, 162.000 Portionen Fleisch.

Die Generalversammlung erteilte dem Vorstande das Absolutorium und sprach dem Präsidium ihren Dank, das musterhaften Buchführung ihre Anerkennung aus.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB-Hofrath: Im Status der Stadtbuchhaltung Georg Jaschek zum Rechnungsrat, Gustav Gabriel zum Oberrevidenten, Gustav Döhler zum Revidenten, Anton Dobrowolny zum Offizial, Josef Dankel zum Rechnungsassistenten; im Stande des Gartenpersonals: Wenzel Stetka, Johann Geiswinkler, Johann Steurer, Josef Stangl, Max Drescher, Michael Brandstetter und Anton Flöckl zu Gärtnergehilfen 1. Klasse, Josef Jandrischitz, Franz Schamayer, Heinrich Hackl, Josef Zerny und Karl Schmid zu Gärtnergehilfen 2. Klasse. - Ferner wurde nach einem Berichte des VB. Dr. Porzer die Uebernahme des Magistratskonzipisten Dr. Robert Pokorny als Konzipist der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien genehmigt.

Schulenschluß an den Volks- und Bürgerschulen. Dem k.k. Bezirksschulrat Wien ist Samstag der Erlaß des Landesobultrates zu-

13. Juli geschlossen wird.
Die Bezirksvertretung Innere Stadt hält am 12. d. M. um 5 Uhr nachmittags im Sitzungssaale des alten Rathauses eine Sitzung ab.
gekomen, mit welchem über Ermächtigung des Ministeriums für Kultus und Unterricht angeordnet wird, daß der Unterricht an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Wien bereits am